



Die Spektren der Friedensbewegung

Interview mit M. Massarat

MOZ: Ziehen wir eine kurze Bilanz: In der letzten Woche fand die Aktionswoche gegen die Stationierung statt. Über eine Million Menschen beteiligten sich an den vier Volksversammlungen. Noch mehr Menschen wurden durch die einzelnen Aktionstage erreicht. Das ist ein Potential, wie es sich in den letzten Jahren zu keiner Frage gefunden hat. Woher kommen diese Menschen?

Mohssen Massarat: Die Breite der Friedensbewegung, die durch die Aktionswoche und vor allen Dingen durch die Abschlußkundgebung zum Ausdruck gekommen ist, ist in der Tat für alle, die in dem Koordinationsausschuß arbeiten oder sonst überregional aktiv sind, eine Überraschung. Die Erwartungen derjenigen, die bei der Planung mitgearbeitet haben,

Für die MOZ führte das Interview Reinhard Hau am 25.10.1983

sind weit übertroffen worden. Ich glaube, daß es der Friedensbewegung insgesamt gelungen ist, durch intensive konsequente Auseinandersetzungen divergierende und die Gemeinsamkeit unterstützende Fragen zu einem Konsens zu kommen, der verhindert hat, daß durch Ablenkung von der staatlichen Seite viele Menschen, die eigentlich die Ziele der Friedensbewegung unterstützen, zu Hause bleiben. Das ist mit Sicherheit ein wichtiger Aspekt, den wir beachten müssen.

MOZ: Diese Aktionswoche ist von einem ungewöhnlich breiten Bündnis getragen worden. Kannst Du einmal kurz die Divergenzen in diesem Bündnis skizzieren?

M.M.: Wir können zwei Hauptspektren in der Friedensbewegung sehen, nämlich das traditionelle Spektrum und das, was wir als Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung bzw. des

zivilen Ungehorsams bezeichnen. Das sind – politisch gesehen – die beiden wichtigen Spektren der Friedensbewegung. Um das ein bißchen genauer zu beschreiben: Das traditionelle Spektrum zeichnet sich sowohl hinsichtlich der friedenspolitischen Zielsetzung wie aber auch hinsichtlich der Aktionsformen durch ungebrochene Loyalität zur herrschenden Gesellschaftsordnung, zum Staat, aus; durch die Orientierung auf die etablierten Parteien, auf Blöcke – was die DKP betrifft: auf den Warschauer Pakt; die SPD auf die NATO – und darüberhinaus ein klares Schielen auf Genf, was ja gerade ein Ausdruck der ungebrochenen Loyalität dieses Spektrums zum status quo bedeutet.

Das unabhängige Spektrum des zivilen Ungehorsams zeichnet sich durch eben gegen- teilige Merkmale aus: hinsichtlich der friedenspolitischen Zielsetzung orientiert auf block- übergreifende Friedenspolitik, durch prinzi-

pielles Infragestellen sog. Sicherheitssysteme, orientiert auf die Basis innerhalb der Friedensbewegung – mit entsprechenden strukturellen Konsequenzen, streng genommen ohne feste Strukturen, sondern eher ein loser Zusammenhang von Aktiven; hinsichtlich der Aktionsform ist dieses Spektrum ein entschiedener Vertreter der Aktionen des zivilen Ungehorsams. Das ist sozusagen die grobe Unterteilung der Friedensbewegung.

Die Rolle der SPD und der DKP

MOZ: Verbleiben wir bei dem von Dir skizzierten ersten Spektrum. Als Brandt in Bonn geredet hat, hat Schmidt zur gleichen Zeit in den USA eine Rede gehalten, die scheinbar einen genau entgegengesetzten Inhalt hat. Die SPD-Führung hat insgesamt sehr lange gebraucht, bis sie überhaupt versucht hat, einen Standpunkt zur Friedensbewegung zu entwickeln. Verstärkt sich durch diese Reden nicht der Eindruck, daß es tiefe Differenzen in der SPD-Spitze gibt und – darüberhinaus –, daß die Führung der SPD von der Basis eingeholt wurde?

M.M.: Das mit Sicherheit. Aber Du sprichst ein prinzipielles Dilemma der SPD als etablierte Volkspartei an. In wesentlichen Fragen unserer Gegenwart, das gilt z.B. auch für die Frage der Atomenergie wie für die Stationierung neuer Raketen, ist die SPD gespalten, sie ist nicht in der Lage, einen tragfähigen Konsens, der nach außen eindeutig vertreten wird, zu entwickeln. Daher kann man auch sagen, daß der SPD-Vorstand in der Person von Willy Brandt diesem Konflikt unterworfen ist, die Vorstellungen, die Sehnsüchte der Basis – in der Klarheit, wie sie existieren – zu vertreten, und andererseits den Minimalkonsens zwischen den miteinander streitenden Flügeln zu formulieren. Deshalb kann man sagen, daß zwar Willy Brandt in Bonn ein Nein zur Stationierung gesagt hat, aber eben kein eindeutiges Nein.

MOZ: Das bedeutet für mich, daß es auf dem SPD-Parteitag zur Stationierung zu weiteren Konflikten zwischen Basis und Parteivorstand kommen muß, wenn im Parteivorstand weiter die Linie des Minimalkonsens mit der Basis gefahren wird.

M.M.: Das glaube ich auch. Die SPD-Basis, wie sie sich in den meisten Landesverbänden artikuliert, und wie sie sich in eindeutigen Beschlüssen ausgedrückt hat, wird ein Nein zur Stationierung ohne ‚Wenn‘ und ‚Aber‘ verlangen. Diese Basis wird konfrontiert werden mit der NATO-Doppelbeschluß-Fraktion in der SPD, die nach wie vor existiert, zwar in der Minderheit ist, aber eine qualitative Minderheit darstellt hinsichtlich ihres Einflusses auf die Partei. Die Basis wird auf den Widerstand der Nachrüstungsbeefürworter stoßen, so daß der Minimalkonsens ein Nein sein wird, das ein ‚Wenn‘ und ‚Aber‘ zuläßt. Und wenn man Brandt richtig interpretiert, so wird dieses Nein eine Würdigung einer „Teilverständigung“ in Genf einschließen. Mit diesem von W. Brandt verharmlosenden Begriff ist nichts anderes gemeint, als die Teilstationierung, die für die Friedensbewegung unakzeptabel ist. Der Parteitag wird nicht mehr Klarheit schaffen als Brandt mit seinem Redebeitrag in Bonn zum Ausdruck gebracht hat.

MOZ: Bleiben wir noch einen Moment bei dem traditionellen Block: Mir scheint, daß in dieser Aktionswoche und in der Vorbereitung dazu ein Träger ziemlich untergegangen ist, nämlich die DKP. Man konnte beobachten, daß die DKP zwar in den Koordinierungsorganen noch eine gewisse Rolle spielt, z.B. auch bei der Benennung der Redner auf den Versammlungen, aber in den Aktionen selbst ist sie untergegangen.

M.M.: Das trifft weitgehend zu. Eigentlich ist das DKP-Spektrum seit der Aktionskonferenz in Köln – was die Perspektive der Friedensbewegung betrifft, aber auch, was die Aktionsformen anbelangt – zu einer de facto bedeutungslosen Kraft geworden. Seitdem das Konzept, das auf zentrale Aktionen orientiert, nicht durchgekommen ist, und das eher basisorientierte Konzept von der großen Mehrheit auf dieser Aktionskonferenz akzeptiert wurde, seitdem in der Friedensbewegung, auch durch die Erfahrungen der Aktionswoche, deutlich wurde, daß dieses Konzept erheblich zur Verbreiterung der Friedensbewegung beigetragen hat, und seitdem das Konzept des zivilen Ungehorsams als Aktionsform seine Wirkung hinsichtlich der Radikalisierung der Friedensbewegung gezeigt hat, kann man sagen, daß die DKP bedeutungslos geworden ist, was aber nicht heißt, daß in den Entscheidungsorganen keine Einflüsse der DKP ihren Niederschlag finden. Das sieht man z.B. eben bei der Kontroverse um die Rede von Willy Brandt. Ohne die massive Unterstützung des DKP-Spektrums wäre die große Mehrheit für Brandts Redebeitrag nicht zustande gekommen; hier mögen Volksfrontüberlegungen eine Rolle spielen, man stellt immer wieder fest, daß die DKP eisern bei allen Fragen dem Bündnis mit der SPD den Vorrang gibt. Aber das ist ihr Problem.

Erfolgreiche Zusammenarbeit der Spektren

MOZ: Trotz dem eben skizzierten läßt sich feststellen, daß diese beiden Blöcke – Traditionalisten und Undogmatische – in dieser Friedensaktionswoche gut miteinander arbeiten konnten, und daß dies wesentlich zum Erfolg der Woche beigetragen hat. Ist die Toleranz in diesen Blöcken bei dieser Zusammenarbeit gewachsen?

M.M.: Innerhalb der beiden eben skizzierten Blöcke war immer Konsens, daß die Einheit der Friedensbewegung bewahrt werden muß – wobei um den Preis dieser Einheit sehr heftig gestritten wurde. Ich glaube, daß keiner der beiden Blöcke in der Lage war, ihr Vorstellungen, wie diese Einheit auszusehen hat, durchzusetzen, weil zwischen diesen beiden Blöcken in der Friedensbewegung und in den Koordinationsausschüssen ein Spektrum existiert, das sowohl hinsichtlich der friedenspolitischen Vorstellungen wie aber auch der Aktionsformen sich nicht total festgelegt hat, das fließend zwischen beiden Blöcken agiert. Dieses mittlere Spektrum, das ich jetzt bewußt mit einbeziehe, hat eine wichtige Scharnierfunktion in der Friedensbewegung übernommen. Ich glaube, das beantwortet Deine Frage, wie es trotz divergierender Vorstellungen zu einer solchen Einheit kommen konnte.

MOZ: Vielleicht müßtest Du noch einmal benennen, wen Du zu diesem ‚mittleren‘ Spektrum zählst.

M.M.: Es handelt sich vor allem um kirchliche Organisationen, Teile des BBU, und ich möchte dabei auch nicht das Komitee für Grundrechte und Demokratie vergessen.

MOZ: Gerade vom undogmatischen Teil der Friedensbewegung wird auf die Integrationsversuche der SPD hingewiesen. Hat dies nicht eine – wie auch immer geartete – Zusammenarbeit mit SPD-Kreisen erschwert?

M.M.: Ja. Die Anti-Atom-Bewegung der 50er Jahre ist eine wichtige Erfahrung, die in der Friedensbewegung zum Glück nicht vergessen wurde. In unserer örtlichen Initiative (OFRI) z.B. hat es eine Arbeitsgruppe gegeben, die die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung sehr gut analysiert hat. Die Gruppe warnt in unserer Friedensinitiative am deutlichsten vor möglichen Integrationsversuchen der SPD. Das ist, glaube ich, symptomatisch für einen großen Teil der Friedensbewegung, der nicht bereit ist, die Geschichte zu wiederholen. Zu diesem Teil gehören auch viele SPD-Mitglieder, die aus ihrer eigenen Erfahrung mit ihrer Partei in dieser existentiellen Frage sehr skeptisch gegenüber der Parteiführung sind; nicht zuletzt von ihnen kommen solche Warnungen.

MOZ: Auf der anderen Seite muß doch die Friedensbewegung gerade auch um solche Schichten kämpfen, die der SPD nahestehen oder ihr angehören. Meines Erachtens kann eine Erweiterung der Friedensbewegung nur aus diesem Spektrum kommen.

M.M.: Darüber gibt es innerhalb unseres Spektrums weitgehenden Konsens. Uns ist klar, daß die Friedensbewegung nur dann einen Erfolg haben kann in der Frage der Sicherheits- und Rüstungspolitik, wenn sie breite Bevölkerungsschichten und soziale Gruppen, wenn sie Mitglieder der etablierten Parteien einschließt. Damit ist deutlich, daß auch für uns diejenigen im Vordergrund stehen, die sensibler sind für diese Fragen, und das sind eindeutig – wenn man von den Parteien ausgeht – nach den Mitgliedern der GRÜNEN Wähler und Mitglieder der SPD.

Ich möchte aber nicht unter den Tisch fegen, daß es in unserem Spektrum durchaus Stimmen gibt, die gegenüber der SPD sehr skeptisch sind und eine Zusammenarbeit mit ihr prinzipiell ablehnen.

Minimalkonsens oder neue Qualität der Zusammenarbeit

MOZ: Läßt sich dann die Zusammenarbeit in den letzten Wochen zusammenfassend bezeichnen als oft auf der Ebene des Minimalkonsens oder hat es eine neue Qualität an Zusammenarbeit gegeben?

M.M.: Wir haben schon in der Vorphase der Aktionswoche den Minimalkonsens, so wie er vom traditionellen Spektrum verstanden wurde, nie akzeptiert. Wir haben akzeptiert, daß die Einheit der Friedensbewegung bewahrt werden muß, aber daß diese Einheit nicht bedeuten durfte, daß alle strittigen Fragen ausgeklammert werden, sondern, ganz im Gegenteil, daß wir versucht haben, innerhalb der Friedensbewegung, d.h. auch innerhalb der Koordinationsausschüsse, für weitergehende friedenspolitische Vorstellungen und für weitergehende Aktionen die Menschen zu überzeugen.

Das bedeutet im Grunde genommen, daß die Vorbereitungen und Aktivitäten der Friedensbewegung in einem Spannungsfeld von Dynamik nach vorn und Bewahren der Einheit bewegt haben. Ich möchte das konkreter benennen: Die Aktionen des zivilen Ungehorsams wurden vom DKP- und SPD-Spektrum am Anfang mit großer Skepsis gesehen. Die Praxis, die autonome Durchführung von Einzelaktionen, begonnen in Großengstingen, hat aber deutlich gemacht, daß diese von unserem Spektrum vorgeschlagenen Aktionsformen durchaus ihre Wirkung hatten, so daß in der Dynamik das traditionelle Spektrum diese Aktionsformen akzeptiert hat. Das gleich gilt für die friedenspolitischen Vorstellungen: Ziemlich am Anfang waren die Genfer Verhandlungen für die Friedensbewegung sehr wichtig, es hat sich aber herausgestellt, daß gerade dank der großen Skepsis des unabhängigen Spektrums gegenüber diesen Verhandlungen die Vorstellung sich durchgesetzt hat, daß die Friedensbewegung keinen Anlaß hat, auf Genf zu schießen, sondern stärker als bisher auf die Wirkung der Widerstandsaktionen zu vertrauen. Es wird also deutlich, daß nicht der Minimalkonsens die Grundlage unserer Arbeit war und ist, sondern der dynamische.

MOZ: Das bedeutet also neue Qualität in der Zusammenarbeit?

M.M.: Durchaus! Und ich möchte diese neue Qualität eigentlich auch mit einer Wende beschreiben innerhalb der Friedensbewegung, die uns einiges an völlig überflüssigem Streit in Fragen, die uns von oben, von der staatlichen Seite, ständig aufgedrückt werden, ersparen wird. Ich meine damit die Spaltungsversuche, die von der staatlichen Seite ausgingen, die immer wieder an der Gewaltfrage ansetzten – mit gewissem Erfolg in den Sommermonaten dieses Jahres. Es hat sich aber gezeigt, daß die Friedensbewegung fähig ist, gemeinsame Aktionsformen für alle Strömungen in der Friedensbewegung zu finden, die alle Distanzierungen, Abgrenzungen überflüssig machen.

In Bremerhaven – bei der Vorbereitung der Blockade – wurde deutlich, daß durch ein mühsames Ringen um Aktionsrahmen, um Konsens, der von allen getragen wird, z.B. Blockadeaktionen durchgeführt werden konnten, die von allen weitgehend akzeptiert wurden. Ein anderes wichtiges Beispiel: In Hamburg bei der Bundeswehrakademie hat sich sehr eindrucksvoll gezeigt, wie eine Zusammenarbeit der Kräfte, die sich eigentlich von der Aktionsform ausgeschlossen haben, möglich ist. Dort haben DKP-Mitglieder und Autonome gemeinsam Pflastersteine zusammengetragen, um daraus symbolische Massengräber vor der Bundeswehrakademie zu errichten. Das ist für mich ein Zeichen für eine neue Qualität der Zusammenarbeit in der Friedensbewegung. Die Regierenden hatten keine Möglichkeiten, mit dem Gewaltthema den herbeigeredeten heißen Herbst zu erleben bzw. von der Stationierung abzulenken.

Weitergehende Aktionen

MOZ: Das Zusammenwirken dieser sehr unterschiedlichen Kräfte darf mit dieser Woche sicher nicht beendet sein, wenn man nicht, und ich glaube, das wäre ein tödlicher Fehler, diese Aktionswoche als Höhe- oder Schlußpunkt der Friedensaktionen in diesem Jahr begreift. Wel-

che Perspektiven ergeben sich für Dich aus dieser Aktionswoche?

M.M.: Die Aktionswoche hat deutlich gemacht, daß die repräsentativen Befragungen, die jeweils über 70 % der Befragten gegen die Stationierung ergeben haben, durchaus ihre Berechtigung haben, wenn man bedenkt, daß diese Woche im wesentlichen von dem „harten Kern“ der Stationierungsgegner getragen wurden. Aber damit ist noch längst nicht der Zustand erreicht, der die Regierenden zu einer Änderung ihrer Politik, zu einem Nein zur Stationierung lenken kann. Die Regierung wird sich über die moralische Autorität, die die Friedensbewegung mit dieser Woche geschaffen hat, sicherlich hinwegsetzen.

MOZ: Voraussichtlich am 21. November wird der Bundestag die Stationierung beschließen.

M.M.: Das ist ziemlich sicher. Man kann also davon ausgehen, daß die Friedensbewegung eigentlich erst mal ein Polster geschaffen hat, das notwendig ist, um jetzt eine neue Stufe des Protests und des Widerstandes einzuleiten, die, wenn keine großen Fehler gemacht werden, wenn alle gemeinsam nach weiteren Wegen suchen, dann in der Tat den Zustand herbeiführen könnte, wo die Politiker sagen müßten, die Fortsetzung der Stationierung ist nicht durchführbar. Wir müssen also einen Zustand schaffen, der uns in die Lage versetzt, prinzipiell eine Wende in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik herbeizuführen.

MOZ: Welche Aktionen sind konkret für den 21. November und für die Zeit danach geplant?

M.M.: Bis jetzt sind zwei Vorschläge im Gespräch: Das KOFAZ-Spektrum, also ein Teil des traditionellen Spektrums, schlägt vor, am 21. November dezentrale Aktionen durchzuführen. Der zweite Vorschlag geht von einer anderen Einschätzung aus und schlägt vor, massiv in Bonn aufzutreten, um zu zeigen, daß die Regierung, die Parlamentsmehrheit, in der Stationierungsfrage eigentlich eine Minderheit repräsentiert, um zu zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung in der Stationierungsfrage der Mehrheit im Parlament die Gefolgschaft versagt. Dies soll auch optisch zum Ausdruck gebracht werden.

MOZ: Darüberhinaus sind aber auch Vorschläge in der Diskussion, die zwar an den 21. November anknüpfen, aber über ihn hinausgehen.

M.M.: Auch hier wieder zwei Vorschläge: Das KOFAZ-Spektrum schlägt vor, nach dem 21.11. erst am 12.12., also am 4. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, wieder einen Höhepunkt zu setzen, wobei das Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung wiederum aus einer anderen Einschätzung heraus meint, daß unmittelbar nach der Debatte und Entscheidung im Bundestag spontane Aktionen unvermeidlich sein werden, weil gerade durch die Mißachtung des Willens der Bevölkerungsmehrheit die Empörung über die selbstherrliche Entscheidung einer Parlamentsmehrheit in dieser Frage ziemlich groß sein wird; von daher wäre es ein Fehler, die Bevölkerung mit einer weiteren Aktion am 12.12. zu vertrösten.

MOZ: Denkbar wäre also wieder eine Aktions-

woche Ende November, direkt im Anschluß an die Bundstagsentscheidung?

M.M.: Das ist durchaus möglich. Allerdings müssen wir jetzt in der Lage sein, unsere Kräfte realistisch einzuschätzen, von daher Aktionsformen zu finden, die mit geringerem Aufwand als bisher das Potential an Stationierungsgegnern so sichtbar werden lassen, wie es die Aktionswoche mit wesentlich mehr Aufwand gemacht hat.

MOZ: Z.B. also Aktionen, die durchgeführt werden, während und obwohl die Stationierungsgegner zur Arbeit, zur Schule gehen?

M.M.: Ich kann mir vorstellen, daß man hier Ideen, die in der Aktionswoche entwickelt wurden, aufgreifen und auf breiter Ebene umsetzen kann. Eine dieser Ideen scheint mir die Forderung aus der Aktionswoche an Schülerinnen und Schüler zu sein, mit schwarzer Kleidung oder mit einem schwarzen Streifen zu erscheinen. Mir scheint, daß der Volkstrauertag, das ist der 20. November – also kurz vor der Entscheidung für eine Stationierung – geeignet zu sein, um eine Woche der Trauer, aber auch der Wut und des Widerstandes hieraus zu entwickeln, in der während der gesamten Woche möglichst alle Gegner der Stationierung in irgendeiner Form schwarz gekleidet erscheinen, um auf diese Weise an ihrem Arbeitsplatz, in der Schule, in ihren Lebenszusammenhängen noch deutlicher als bisher sichtbar werden zu lassen, wie groß das Potential der Stationierungsgegner ist.

Inhaltliche Orientierung: Kritik der NATO-Strategien

MOZ: Gehen wir einmal von den Aktionsvorschlägen ab und kommen zu den Inhalten. Mir scheint es sehr wichtig zu sein, daß die Friedensbewegung die alleinige Orientierung auf die Stationierungsfrage aufgibt, um sich viel mehr als bisher zu öffnen für Fragen, die einen Gesamtzusammenhang von NATO-Fragen und NATO-Strategien beinhalten, von denen die Stationierung ja nur ein Teil ist.

M.M.: Die Raketenfixierung hat sicherlich zur Einheit der Friedensbewegung und zu einer einheitlichen Orientierung der Friedensbewegung beigetragen. Ich glaube, daß die eindeutige Ablehnung der neuen Raketen, selbst wenn mit deren Stationierung begonnen wird, nach wie vor richtig ist. Nach wie vor müßte der Hebel des Widerstandes die Verhinderung bzw. Nicht-Tolerierung neuer Raketen sein. Aber, Du hast Recht, es wird nicht ausreichen, weil gleichzeitig die NATO beginnen wird mit der Umsetzung anderer militärischer Komponenten, die zusammen mit der Raketenstationierung die eigentliche Dimension der NATO-Strategie, eigentlich muß man sagen der neuen NATO-Strategie, deutlich werden lassen. Ich denke z.B. an die konventionelle Aufrüstung, vor allen Dingen in der BRD, bekannt geworden durch den sog. Rogers-Plan und durch Air-Land-Battle 2.000, die beide dokumentieren, daß auch auf dem konventionellen Bereich eine Offensivstrategie verfolgt wird.

MOZ: Die Diskussion um diese NATO-Strategien setzt voraus, daß man von der alleinigen Fixierung auf Mitteleuropa abweicht. Ich den-

ke z.B. an den Persischen Golf und die Motive der NATO in dieser Region, oder an die Türkei. Serafettin Kaya hat in einem Interview in der letzten MOZ die politische Unterdrückung in der Türkei als NATO-Strategie bezeichnet.

M.M.: Dieser Zusammenhang von neuer NATO-Strategie und 3. Welt ist meines Erachtens sogar ursächlich für die Stationierung von Raketen neuer Qualität und für neue Komponenten im konventionellen Bereich. Ich glaube, daß es inzwischen unbestritten ist, daß dadurch die NATO und durch die NATO vor allen Din-

gen die USA ihre militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion sichern, um die Sowjetunion als die zweite Supermacht – so weit es geht – in den Konflikten mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt zu neutralisieren.

Das heißt, daß dann, wenn diese NATO-Strategie – ohne militärische Gegenmaßnahmen der Sowjetunion – umgesetzt ist, sich dazu eignet, den militärischen und politischen Spielraum in den Ländern der 3. Welt erheblich zu erhöhen. Konkret am Persischen Golf würde dies in der Konsequenz der NATO-Überlegun-

gen bedeuten, daß unter bestimmten Bedingungen Befreiungsbewegungen am Persischen Golf, z.B. in Saudi Arabien, in den Golf-Emiraten, notfalls unter Einsatz von nuklearen Waffen unterdrückt werden könnten, ohne daß die Sowjetunion in der Lage wäre, ihre eigene Macht ins Spiel zu bringen. Dies ist eine durchaus realistische Variante, die als Konsequenz der neuen NATO-Strategie benannt werden muß; wenn man an die Neutronen-Bombe denkt, die die USA produziert, dann muß man eher deren Einsatzgebiet am Persischen Golf sehen als in Mitteleuropa.

Podiumsdiskussionen * Arbeitsgruppen

Frauenbewegung in Ost- und Westeuropa * Entwicklungsbedingungen der osteuropäischen Opposition * Arbeiterselbstverwaltung contra bürokratischen Sozialismus * Perspektiven der westlichen Friedensbewegung * Blockübergreifende Friedenspolitik und Entspannung * Brauchen wir eine neue Deutschland - Politik ?

Kongreß

Osteuropäische Oppositionsbewegungen - Westliche Friedensbewegung

Verbindungslinien / Widersprüche



2. -4. Dezember 83 Osnabrück

Severin Blumsztajn (Solidarnosc), Freimut Duve, Thomas Ebermann, Petra Kelly
Vertreter der Jenaer Friedensgruppe, Mohssem Massarrat, Zdenek Mlynar,
Jacob Moneta, Sybille Plogstedt, Gaby Potthast, Jürgen Reents, Svetozar
Stojanovic, Ursel Schmiederer u.v.a.



**ANMELDUNGEN AN I
GAL-HSG c/o
AStA der Uni Osnabrück
Neuer Graben/Schlöß
4500 Osnabrück**

Unkostenbeitrag : 15 DM